



## Die Sozialdemokratie: Der Übergang auf zentristische Positionen (Österreich im Epochenjahr 1917, Teil 3)

HANS HAUTMANN

Der durch die Krise des Habsburgerreiches 1916/17 erzwungene Wechsel der Machthaber zu flexibleren Herrschaftsmethoden erforderte auch von der Sozialdemokratie eine veränderte Politik. Deren Wesen lag darin, der Parteiführung eine Balance zwischen ihrer nach wie vor monarchietreuen Haltung und der nötigen Rücksichtnahme auf die Stimmung der Basis zu verschaffen. Unter dem Eindruck der nun in Bewegung geratenden, aufbegehrenden und wieder zum Kampfmittel des Streiks greifenden Arbeitermassen stand sie vor der Wahl, die Entwicklung entweder reaktionslos weiterlaufen zu lassen und damit eine Spaltung ähnlich der in Deutschland zu riskieren, oder eine Anpassung an die neue Situation durch Überbordwerfen überholter Burgfriedenspositionen zu vollziehen. Die österreichische Sozialdemokratie, für die die erste Alternative nach ihrer gesamten Tradition seit Hainfeld undenkbar war (was in der Maxime der „Erhaltung der Einheit der Partei um jeden Preis“ Ausdruck fand), entschied sich für den zweiten Weg.

Um den zweiten Weg mit Aussicht auf Erfolg beschreiten zu können, waren zumindest vier Voraussetzungen nötig: a) Abkehr von der offen sozialpatriotischen Haltung der ersten beiden Kriegsjahre (Schlagwort des Parteivorstandes: „Bedauerliche Überspitzungen, die restlos überwunden sind“); b) Verstärkung der Friedenspropaganda (die mit dem neuen Regierungskurs vollkommen in Einklang stand); c) Verschärfung der Kritik an bestimmten Auswüchsen des Systems, welche die Arbeiterschaft besonders erregten (Willkürakte militärischer Betriebsleiter, Schlamperei und Unfähigkeit im Behördenapparat, durch Anprangern von ungerechten Urteilen der Militärjustiz, von Schiebern, Kriegsgewinnlern usw.); d) Hinwendung zu einem radikaleren Auftreten vor den Massen, das sich allerdings auf der von der Partei einge-

nommenen Grundposition der Erhaltung der Donaumonarchie und der damit unweigerlich verbundenen Kontinuität der politischen Unterstützung des Regimes (jetzt gegen die gemeinsame Gefahr revolutionärer Entwicklungen) nur in Worten erschöpfen konnte und in der Parole von der „Abrechnung nach dem Krieg“ Ausdruck fand.

Erläutern wir die wichtigsten Elemente des neuen zentristisch-sozialpazifistischen Kurses am Verlauf der Ereignisse zwischen Herbst 1916 und Herbst 1917.

### Folgen des Adler-Attentats

Dass Friedrich Adler am 21. Oktober 1916 mit seinem Attentat auf den k.k. Ministerpräsidenten Stürgkh gerade in dem Augenblick die Symbolfigur des kriegsabsolutistischen Regimes tötete, als dieses unverkennbar in eine Sackgasse geraten war und kurz vor seiner Ablösung durch elastischere Formen stand, war ein historischer Zufall. Wenn Otto Bauer später schrieb, dass Friedrich Adlers Akt ein „Wendepunkt“ in der Geschichte der Arbeiterbewegung gewesen sei<sup>1</sup>, dann muss seine Einschätzung dahingehend ergänzt werden, dass das System Stürgkh als nicht mehr den neuen Erfordernissen entsprechend früher oder später ohnehin gefallen wäre und Friedrich Adlers Schüsse diesen Prozess nur beschleunigten.

Die Antwort der Partei war zunächst blankes Entsetzen. Friedrich Austerlitz stellte das Attentat als Einzelaktion eines aus den seelischen Fugen geratenen Menschen hin und nannte es die Folge einer getrübbten Urteilskraft des Täters.<sup>2</sup> Als sich aber schon sehr bald gewisse positive Wirkungen des Attentats für die Gesamtpartei abzeichneten und sich anlässlich des Prozesses die von Anfang an vorhandenen Sympathien der Arbeiterschaft für Friedrich Adler noch erheblich verstärkten, begann der Parteivorstand den 21. Oktober 1916 umzuwerten und

das Attentat für die sozialdemokratische Bewegung in ihrer Gesamtheit zu reklamieren. Adlers Schüsse wurden zum „Angelpunkt einer Legende von der revolutionären Kontinuität“ der österreichischen Sozialdemokratie.<sup>3</sup>

Ansätze zur Umstilisierung der eigenen Vergangenheit, vor allem zum Zweck des Vergessenmachens der unverhohlenen sozialpatriotischen Haltung der ersten beiden Kriegsjahre, waren schon kurz vorher ersichtlich. Am 15. Oktober 1916, sechs Tage vor den Ereignissen im Speisesaal des Hotels Meißl & Schadn in Wien, schrieb Austerlitz in einer Polemik gegen Friedrich Adler:

„Wenn Kautsky (der als Zentrist in Deutschland ähnliche Positionen wie Friedrich Adler vertrat, H.H.) der Mehrheit vorwirft, sie habe an Stelle des Klassenkampfes den Burgfrieden gesetzt, so wird *in unserem Wirken davon keine Spur zu entdecken sein*. Auch dass wir an Stelle der Internationalität des Proletariats ‚die nationale Solidarität aller Klassen‘ verkündet haben, wird kein wahrheitsliebender Mensch behaupten können. *Wir haben keine Kredite bewilligt und aus der Kreditbewilligung keine neue Politik abgezogen.*“<sup>4</sup>

Die rechte Mehrheit der Parteiführung begann also die Tatsache, dass das Parlament im März 1914 von der Regierung wieder einmal vertagt und bei Kriegsausbruch für geschlossen erklärt worden war, ihr also die Gretchenfrage des *offenen* Einbekennens ihrer Staatsloyalität erspart blieb, als Beweis für die eigene „Unschuld“ und „ungebrochene Kontinuität“ einer klassenorientierten Politik“ propa-

Podiumsdiskussion und Symposium der  
Alfred Klahr Gesellschaft und des  
Bildungsvereins der KPÖ Steiermark

„Österreich auf dem Weg  
in Militärbündnisse?“

28/29. September 2007, Graz  
Programmablauf: Seite 24



Victor Adler (1852–1918)

gandistisch für sich auszuwerten. Ähnliche Töne schlug Victor Adler auf der Reichskonferenz im November 1916 an, als er in seinem Referat „Das Proletariat und der Friede“ alle Genossen aufforderte, man möge endlich aufhören, vom 4. August 1914 zu reden, da es in Österreich einen 4. August nicht gegeben habe.<sup>5</sup>

Überhaupt zeigte die 3. Reichskonferenz im Kriege, die zwölf Tage nach dem Attentat Friedrich Adlers vom 2. bis 4. November 1916 im Favoritner Arbeiterheim tagte und von 255 Delegierten beschickt war, bereits einige neue, bemerkenswerte Aspekte. Erstmals rang sich der Parteivorstand dazu durch, in der von Victor Adler vorgeschlagenen Resolution „Die Arbeiter und der Friede“ von der österreichischen Regierung die Herbeiführung eines Friedens ohne Eroberungen zu fordern.<sup>6</sup> Ein Abänderungsantrag der nun von Robert Danneberg repräsentierten innerparteilichen Opposition, der „Linken“, in dem diese Forderung schärfer („ohne direkte und indirekte Eroberungen“) formuliert werden sollte, wurde zwar mehrheitlich abgelehnt, ein Unterschied zur SPD der Ebert und Scheidemann, die Annexionen nach wie vor befürwortete, war aber bereits zu erkennen.<sup>7</sup>

### Der Arbeitertag 1916

Im Teil 2 der Artikelserie haben wir die Pionierrolle des seit 28. Oktober 1916 amtierenden k.k. Ministerpräsidenten Ernest v. Koerber bei der Einfädelung des neuen Verhältnisses der herrschenden Klassen zur Sozialdemokratie geschildert. Ein Schritt in diese

Richtung war die Erlaubnis zur Einberufung eines „Arbeitertages“.

Die Initiative entsprang der Erkenntnis der „flexiblen“ Kapitalgruppe, dass sich im Verlauf des Krieges zwischen der Partei- und Gewerkschaftsführung und den Arbeitermassen eine Kluft aufgetan hatte, die ständig größer wurde und langsam bedrohliche Dimensionen annahm. Sie war daher ab dem Spätherbst 1916 geneigt, der Sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaftskommission entgegenzukommen und beiden Organisationen durch deklarativ gezeigte Kompromissbereitschaft den Rücken zu stärken. Sie wusste, dass sie die immer unzufriedener und aufsässiger werdende Arbeiterschaft nur im Zusammenwirken mit einer Partei- und Gewerkschaftsspitze bändigen konnte, die in dem so heiklen Bereich der betrieblichen Arbeitsbeziehungen Massenkampfmethode weiterhin ablehnte.

Die Sozialdemokratie nahm den ihr von Koerber zugeworfenen Ball sofort auf und berief im Einvernehmen mit der Regierung für den 5. November 1916 einen „Arbeitertag“ in das Arbeiterheim Favoriten in Wien ein. An ihm nahmen die Obmänner, Sekretäre und Vertrauensleute der einzelnen Gewerkschaften sowie die Führer der Partei teil. Vertreter des Militärs und der österreichischen Ministerien waren als Gäste geladen. Über 1.000 Delegierte fanden sich ein.

Zweck des Arbeitertages war, die Lage der Arbeiterschaft im Kriege zu erörtern und „Vorschläge für die Neugestaltung des Arbeiterrechts im Kriege zu erstatten“.<sup>8</sup> Karl Seitz umriss in seiner Eröffnungsrede nicht nur Sinn und Zweck der Tagung, sondern steckte zugleich auch den Rahmen ab. Er wie alle anderen Sprecher schworen Aktionen kämpferischen Charakters von vornherein ab und beschränkten sich darauf, Mahnungen an die Einsicht der kaiserlichen Ministerialbürokratie zu richten.

Der Arbeitertag 1916 zählt zu den Paradebeispielen für die politische Praxis der austromarxistischen Führer. Den Vertrauensmännern der Gewerkschaften wurde ein breites Feld für ihre Kritik an den üblen Erscheinungen des Kriegswirtschaftssystems eingeräumt. Diese Kritik war scharf und klang für die Ohren der ArbeiterInnen in den Betrieben sehr radikal. Der ohnehin schon gekürzte und im Ton abgeschwächte Wortlaut der Diskussionsbeiträge in der *Arbeiter-Zeitung* musste vom Kriegsüberwachungsamt an mehreren Stellen zensuriert werden. Auf jeden Fall ist das 1920 heraus-

gegebene ungekürzte Protokoll des Arbeitertages mit seiner Fülle lebendiger Schilderungen von Willkür, innerbetrieblichen Schikanen, Gängelung und Unterdrückung der Arbeiterschaft für den Historiker von größtem Wert. Gleichzeitig unterstrichen jedoch Karl Seitz, Victor Adler und Engelbert Pernerstorfer in ihren Wortmeldungen den friedlichen Appellcharakter der Konferenz, wobei sie die Bereitschaft erkennen ließen, nach Abstellung der größten Missstände der Durchhaltestrategie der herrschenden Klassen weiterhin die Mauer zu machen.

Der Arbeitertag 1916 war ein wichtiger Markstein auf dem Weg des Einschwenkens der Machthaber zum Beschwichtigungskurs. Die ernüchternden Berichte über die unhaltbar gewordenen Zustände in den Kriegsleistungsbetrieben schienen die anwesenden Vertreter der Ministerien doch beeindruckt zu haben, und das führte, verbunden mit dem immer stärker werdenden Druck der Arbeitermassen, im Winter 1916/17 und im Frühjahr 1917 endlich zu konkreten gesetzlichen Maßnahmen auf sozialpolitischem Gebiet, worüber im Teil 2 bereits berichtet wurde.<sup>9</sup>

### Die Friedenskampagne

Verglichen mit der Kirchhofsruhe der beiden vorangegangenen Jahre begann sich die öffentliche Tätigkeit der Partei ab Ende 1916 geradezu zu überschlagen. Am 3. Dezember forderte ein Vertrauensmännertag der steirischen Arbeiterschaft von der Regierung, auf „jede Eroberungsabsicht“ zu verzichten.<sup>10</sup> Am 9. und 10. Dezember 1916 ging man auf der Landeskonferenz der niederösterreichischen Sozialdemokratie im Arbeiterheim Margareten noch weiter, als in der einstimmig beschlossenen Resolution zum ersten Mal nicht mehr von der „Notwendigkeit der Landesverteidigung“, sondern nur von der, dem Krieg ein „annexionsloses Ende“ zu machen, die Rede war.<sup>11</sup>

Auf dieser Konferenz kam es zu einem Zwischenfall, der ein bezeichnendes Licht auf die systemkonforme Haltung der Parteiführung wirft und verdeutlicht, wie sehr die nun in den Vordergrund gestellten Friedensbestrebungen nicht nur von der Massenstimmung, sondern auch von der Politik der kaiserlichen Regierung abhingen und beeinflusst wurden. Als nämlich Paul Richter, einer der Referenten der Landeskonferenz, darüber Beschwerde führte, „dass die Partei die Friedenspro-

paganda nicht in dem Maße und mit der Kraft betreibe, wie es wünschenswert erscheine“, und forderte, dass man in allen Versammlungen davon sprechen solle und die sozialdemokratische Presse dabei „ihre Pflicht erfüllen“ müsse, wandten sich die zwei anwesenden Mitglieder des Parteivorstandes, Karl Seitz und Adelheid Popp, dagegen.<sup>12</sup>

Wenige Tage später war das aber zur erklärten Politik der Parteiführung geworden, weil die kaiserliche Regierung im Zusammenhang mit dem am 12. Dezember 1916 verkündeten Friedensangebot der Mittelmächte der Sozialdemokratie die Abhaltung frei zugänglicher Versammlungen zum Thema Frieden gestattete.

Die erste derartige Friedensversammlung fand am 28. Dezember 1916 im Arbeiterheim Favoriten statt. Hatte die Parteispitze bisher über mangelndes Interesse der Basis für die Organisation klagen müssen, so stand sie nun vor der Tatsache, dass die Versammlungen wieder sehr stark besucht wurden. Der Aufschwung des politischen Selbstbewusstseins der österreichischen Arbeiter und Arbeiterinnen war unübersehbar. Im Arbeiterheim fanden sich am 28. Dezember nicht weniger als 1200 Zuhörer ein. Victor Adler sprach über „Die Sozialdemokratie und die Friedensvorschläge“<sup>13</sup>, und der zur Beobachtung entsandte Polizeikommissär konnte befriedigt das Fehlen von „Zwischenfällen oder Anlässen zum Einschreiten“ konstatieren.<sup>14</sup>

Im Jänner und Februar 1917 setzte die Partei die Sammlungswelle über die Friedensfrage in verstärktem Maß fort. Die Kundgebungen, auf denen neben anderen Victor Adler, Friedrich Austerlitz, Karl Leuthner, Robert Danneberg, Karl Seitz, Therese Schlesinger und Adelheid Popp referierten und die durchwegs massenhaft besucht waren, hielten sich nach Ansicht der beobachtenden Polizeiorgane „im zulässigen Rahmen“.<sup>15</sup> Ein zusammenfassender Bericht der Polizeidirektion Wien an das Ministerium des Inneren vom 23. März 1917 pries die „staatsmännische Klugheit der maßgebenden Parteiführer“, warnte aber davor, dass „ein großer Teil der Arbeiterschaft mit dem maßvollen Verhalten der Führer nicht einverstanden“ sei. Der eigentliche Sinn der Sammlungskampagne kam dann im Polizeibericht so zu Ausdruck:

„Die Führer sind sich wohl bewusst, dass eine radikale Politik nicht an der Zeit ist und muss (sic!) diese ihre Überzeugung gegen eine Minderheit verteidigen, die für eine radikalere Arbeit empfänglicher wäre. Die der Partei im De-

zember und Jänner gegebene Gelegenheit, aus Anlass der Friedenspropaganda wieder eine *auf die Massen wirkende Tätigkeit zu entfalten, war der Parteileitung sichtlich sehr willkommen.*“<sup>16</sup>

### Die Komödie um den 1. Mai 1917

Unter solchen Umständen musste das Herannahen des 1. Mai 1917 die Frage nach dem Verhalten aufwerfen. In den Jahren 1915 und 1916 war den staatlichen Behörden diese Sorge noch von der Sozialdemokratie abgenommen worden. Die Partei- und Gewerkschaftsführung hatte damals im Zeichen des Burgfriedens die ArbeiterInnen aufgerufen, auf Maikundgebungen freiwillig zu verzichten, um die Kriegsproduktion nicht zu „unterbrechen“ und zu „stören“.<sup>17</sup> Erst nach Beendigung der Arbeit führte die Partei an den Abenden des 1. Mai 1915 und 1916 in Lokalen ihre Feiern durch. Nun aber, da der Kampfwille der Massen so sichtbar anzuschwellen begann, hielt es die Regierung für angezeigt, einen anderen Weg zu wählen.

Am 21. April stellte das Kriegsministerium, eindeutig auf höhere Weisung, den militärischen Betriebsleitern in einem geheimen Erlass frei, Feiern zum 1. Mai durch Arbeitsruhe zu gestatten.<sup>18</sup> Die Sozialdemokratische Partei, die davon nichts wusste, rief hingegen am 22. April 1917 die Arbeiterschaft auf, die Maifeier erneut in der „Kriegsform“, als Abendveranstaltung, zu begehen.<sup>19</sup> Offenbar fürchtete man, dass – angesichts der katastrophalen Ernährungslage – ein Feiern des 1. Mai durch Ruhen der Arbeit die Massen zu weiteren, schwer kanalisierbaren Streikaktionen ermuntern könnte.

Irgendwie gelangte aber dem sozialdemokratischen Metallarbeiterverband der Erlass des Kriegsministeriums zur Kenntnis. Er wandte sich daraufhin an den Parteivorstand und forderte ihn auf, seine Stellungnahme zur Maifeier zu revidieren. Man geht nicht fehl in der Annahme, dass die Indiskretion von der kaiserlichen Regierung selbst ausging, die auf diese Weise der Sozialdemokratie eine Änderung ihres Beschlusses nahe legen wollte. Prompt erschien am 27. April in der *Arbeiter-Zeitung* ein großer Aufruf an alle Arbeiter und Arbeiterinnen, den 1. Mai, so wie früher gewohnt, durch Arbeitsruhe zu feiern.<sup>20</sup> Diese vollkommene Kehrtwendung binnen weniger Tage zeigt, dass die österreichische Sozialdemokratie während des Krieges nie auch nur einen Zentimeter über den von den Machthabern abgesteckten Handlungsspielraum hinausging.



Friedrich Adler (1879–1960)

Der Verlauf des 1. Mai 1917 bestätigte die von der Regierung ausgegangene Initiative. Er stand ganz im Zeichen der Friedenspropaganda und der Sympathiebekundungen für die russische Märzrevolution. Zu den befürchteten Zwischenfällen kam es eben aufgrund der Behördentaktik, den ArbeiterInnen die traditionellen Maifeiern „wohlwollend“ zu gestatten, nirgends.

### Im Fahrwasser Czernins

Am 16. März 1917 wurde in Österreich der Sieg der bürgerlich-demokratischen Revolution in Russland und die Abdankung des Zaren bekannt. Die Sozialdemokratische Partei begrüßte die Umwälzung in Russland und nannte sie den bisher „stärksten Schlag, der gegen den Krieg geführt worden ist“.<sup>21</sup> Am 27. März 1917 hielt Victor Adler auf einer Friedensversammlung im Favoritner Arbeiterheim eine Rede, deren Kernsätze lauteten:

„Wir wissen, dass wir uns gegenüber nicht mehr das Russland haben, das repräsentiert war durch das verhassteste Regime, durch den Zaren, gegen den unser Land zu verteidigen auch für uns, die wir wirklich den Krieg nicht wollten, ein Grund war, uns zu wehren. Heute haben wir nicht mehr den russischen Zaren drüben, sondern Russland ist das russische Volk, dem wir nicht Hass, sondern Liebe entgegenbringen, Liebe und Solidarität (lebhafter Beifall). Ein freies Russland ist nicht der Schrecken für Europa (...) Ein freies Russland (...) hört auf, eine Gefahr für Europa zu sein.“<sup>22</sup>

Damit deutete Victor Adler genau das an, was die Partei als offizielle Begrün-



Ottokar Czernin (1872–1932)

ding für ihren Kurswechsel im Jahr 1917 hervorkehren sollte: So lange die „deutsche Kultur“ Mitteleuropas vom Zarismus bedroht war, so lange musste die Partei auf dem Boden der „Vaterlandsverteidigung“ stehen und den Krieg ihrer eigenen Regierung unterstützen. Nun aber, da in Russland die Demokratie gesiegt habe, sei es möglich, von der österreichischen Regierung einen Frieden „ohne Annexionen und Kontributionen“ zu fordern.

Hier traf sich die Linie der Sozialdemokratie exakt mit der des k.u.k. Außenministers Ottokar Czernin, der alles daran setzte, um die Politik des Parteivorstandes in einem für die Zukunft der Monarchie günstigen Sinne zu aktivieren. Czernin, ein Hauptträger der von der „österreichisch-patriotischen“ Kapitalfraktion initiierten Systemauflockerung, suchte der Krise Österreich-Ungarns durch einen baldigen Friedensschluss zu begegnen, was nur gelingen konnte, wenn man Deutschland als den dominierenden und die Richtlinien der imperialistischen Politik der Mittelmächte bestimmenden Bündnispartner ebenfalls friedensgeneigt machte.<sup>23</sup> Für die Erreichung dieses Zieles setzte er bewusst auf die Karte einer engen Zusammenarbeit mit den sozialdemokratischen Parteiführern, um deren pazifistische Deklarationen für bestimmte Schachzüge gegenüber der Politik der deutschen Reichsregierung zu benützen.<sup>24</sup> Czernin begrüßte deshalb die für Sommer 1917 angesetzten Friedensbesprechungen europäischer sozialdemokratischer Parteien in Stockholm und machte die Teilnahme öster-

reichischer Delegierter (Victor Adler, Seitz, Renner u.a.) an ihnen möglich.

Die Parteiführer bestimmten ihre Haltung für Stockholm so: „1. dass sie einen *Friedensschluss ohne Annexionen* fordern; 2. dass sie alle bürgerlichen Regierungen und herrschenden Bourgeoisien in gleicher Weise für den Krieg verantwortlich halten und darum auch *für einen allgemeinen Frieden ohne Entschädigungen* eintreten. Sie sind deshalb auch der Meinung, dass die *Beantwortung der Schuldfrage* abgelehnt werden müsse.“<sup>25</sup>

Augenzeugen der im Mai 1917 durchgeführten Vorkonferenz in Stockholm berichten, dass der schwedische Sozialistenführer Branting über den „unglaublichen Unterschied“, den es nunmehr „zwischen den offiziellen sozialdemokratischen Anschauungen in Berlin und Wien“ gab<sup>26</sup>, höchst verwundert war. Victor Adler hatte sich bis Herbst 1916 mit der Kriegspolitik der Mehrheitssozialdemokraten in Deutschland, der Gruppe Ebert-Scheidemann, vorbehaltlos solidarisiert. In Stockholm zeigte sich aber bereits, dass mit dem gleitenden Übergang der österreichischen Sozialdemokratie auf die Positionen des Zentrismus für sie eine Distanzierung von der Strömung des Sozialchauvinismus nötig wurde.

Das erkannte auch Lenin, der in seiner im April 1917 verfassten Schrift „Die Aufgaben des Proletariats in unserer Revolution“ die drei Linien, die sich während des Weltkrieges innerhalb der internationalen sozialistischen Bewegung herausgebildet hatten, beschrieb. Zur ersten Strömung, den Sozialchauvinisten, zählte er Plechanow in Russland, Ebert und Scheidemann in Deutschland, Guesde in Frankreich, Bissolati in Italien, Hyndman in England und andere. Die zweite Strömung, das „Zentrum“, das „zwischen den Sozialchauvinisten und den Internationalisten der Tat schwankt“, charakterisierte Lenin wie folgt:

„Das ganze ‚Zentrum‘ beteuert hoch und heilig, sie seien Marxisten, Internationalisten, sie seien für den Frieden, für jederlei ‚Druck‘ auf die Regierungen, für jederlei ‚Forderungen‘ an die eigene Regierung, sie solle ‚den Friedenswillen des Volkes kundtun‘, sie seien für alle möglichen Kampagnen zugunsten des Friedens, für einen Frieden ohne Annexionen usw. usf. – und für den Frieden mit den Sozialchauvinisten. Das ‚Zentrum‘ ist für die ‚Einheit‘, das ‚Zentrum‘ ist ein Gegner der Spaltung (...) Der Kern der Sache ist, dass das ‚Zentrum‘ von der Notwendigkeit der Revolution gegen die

eigenen Regierungen nicht überzeugt ist, sie nicht propagiert, dass es keinen rücksichtslosen revolutionären Kampf führt, dass es gegen ihn die allerplattesten – und erz‚marxistisch‘ klingenden – Ausflüchte erfindet.“<sup>27</sup>

Als Repräsentanten des Zentrismus nannte Lenin die Gruppe Kautsky, Haase, Ledebour in Deutschland, Longuet in Frankreich, Snowden und MacDonald in England, Turati in Italien, Grimm in der Schweiz und „Victor Adler und Co. in Österreich“.<sup>28</sup> Nach seiner Ansicht war also die österreichische Sozialdemokratie nach ihrer Wandlung 1916/17 in ihrer Gesamttendenz der zentristischen Strömung zuzurechnen, war auf Positionen übergegangen, die vormals die oppositionelle „Linke“ vertreten hatte.

Dass die Partei damit keineswegs auf die Linie der Niederlage und des Sturzes der eigenen Regierung durch revolutionäre Massenaktionen eingeschwenkt war, bedarf keiner Erörterung und kam in ihrer Ende Mai 1917 veröffentlichten Erklärung zur Vorkonferenz in Stockholm auch klar zum Ausdruck:

„Das Zerschlagen einmal bestehender großer Staats- und Wirtschaftsgebiete wäre lediglich der Bourgeoisie der Großstaaten dienlich, die natürlich die vielen Kleinstaaten leichter gegeneinander ausspielen und beherrschen könnten (...) Gegenüber gewissen Vorwänden, es handle sich in diesem Krieg um die Befreiung der kleinen Völker Österreichs, stellen die Delegierten fest, dass der österreichische Staat die kleinen Nationen *nicht unterdrücke, sondern ihre nationale Existenz erhalte*.“<sup>29</sup>

Damit erfüllte die Sozialdemokratie die von Czernin und seinen Hintermännern erwartete Gegenleistung: die Fortdauer der Donaumonarchie zu rechtfertigen und in deren unverletzlicher Erhaltung eine ihrer vornehmlichsten Aufgaben zu sehen. Aber auch das sollte sich nur ein Jahr später, im Sommer 1918, unter dem Zwang der Verhältnisse noch ändern, als die Partei auf die Positionen des von Otto Bauer ausgearbeiteten „Nationalitätenprogramms der ‚Linken‘“ überging, das Selbstbestimmungsrecht der Nationen bis zum Recht auf staatliche Lostrennung anerkannte und auf diese Weise ihr eigentliches Anliegen untermauerte: den Anschluss des deutschsprachigen österreichischen Staatsgebiets an Deutschland.<sup>30</sup>

### Der Parteitag 1917

Trotz aller Friedensbeteuerungen und radikal klingender Deklarationen konnte

auch nach der Adaptierung gewisser zentristischer Positionen von einem Nachlassen der Spannung zwischen Parteiführung und Basis keine Rede sein. Im Gegenteil, die Kluft wurde 1917 von Monat zu Monat bedrohlicher.<sup>31</sup> Der Parteivorstand erkannte, dass eine erneute Rettungsaktion das Gebot der Stunde war. Das Einschwenken auf die „mittlere“ Linie hatte sich seit der Jahreswende 1916/17 schrittweise, vorsichtig, tastend und für viele ArbeiterInnen zuwenig merklich vollzogen. Deshalb erachteten die Parteiführer es für notwendig, die Wendung nach links stärker zu betonen, sie vor den Massen demonstrativ hervorzukehren und ihr eine offizielle, verbindliche Grundlage zu schaffen. Das geschah auf dem Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie im Oktober 1917.

Er trat am Abend des 19. Oktober zu seiner Eröffnungssitzung im großen Saal des Arbeiterheims in Wien-Favoriten zusammen. Es waren 283 Delegierte erschienen. Die Verhandlungen dauerten fünf Tage und waren am 24. Oktober beendet.

Der Parteitag begann mit einem psychologisch wohl berechneten Effekt. Unmittelbar nach der Begrüßung der TeilnehmerInnen verlas Skaret eine Sympathiekundgebung für Friedrich Adler und brachte sie zur Annahme.<sup>32</sup> Aus dem „linken Querulanten“ von einst, den der Parteivorstand am Tage nach dem Attentat verleugnet hatte, war der Held und Märtyrer der österreichischen Sozialdemokratie geworden.

Im Anschluss an die Eröffnungsrede Victor Adlers und die recht kurzen, ganz auf organisatorische Fragen zugeschnittenen Berichte kam der Parteitag zu jenem Tagesordnungspunkt, der die Beratungen völlig beherrschen sollte. Gabriele Proft bestieg die Rednertribüne und verlas die von 50 Delegierten unterstützte „Erklärung der Linken“. Sie hatte Otto Bauer, der Mitte September 1917 aus der russischen Kriegsgefangenschaft nach Österreich zurückgekehrt war, verfasst. Otto Bauer war zwar Delegierter des Parteitages, ergriff aber nicht das Wort, weil ihm als Armeemember eine öffentliche politische Betätigung untersagt war.<sup>33</sup>

In der „Erklärung der Linken“ wurde die Haltung des Parteivorstandes in den ersten beiden Kriegsjahren scharf kritisiert und angeprangert, dass seine Politik der von der II. Internationale auf ihren Kongressen in Stuttgart (1907) und Kopenhagen (1910) festgelegten Pflicht, die „durch den Krieg herbeigeführte wirt-

schaftliche und politische Krise zur politischen Aufrüttelung der Volksmassen und zur Beschleunigung des Sturzes der kapitalistischen Klassenherrschaft auszunützen“, nicht entsprochen habe.

Weitere Punkte der Erklärung waren: Forderung nach offener Diskussion aller Streitfragen und nach stärkerer innerparteilicher Demokratie: „Nur auf diese Weise können wir das Monopol einiger Führer auf das politische Denken brechen, die Masse selbst zu politischem Denken erziehen, ihren blinden Autoritätsglauben, der mit dem Wesen einer demokratischen Partei unvereinbar ist, überwinden“; für energische Aktionen der Partei für den Frieden durch Massenversammlungen und Massendemonstrationen; gegen die Beschränkung der Parteitätigkeit auf „kleine Verbesserungen für einzelne Arbeiterschichten“; gegen den Reformismus, „in dem die Partei immer mehr aufzugehen droht“; für Klassenkampf: „Die wichtigste Aufgabe der Partei ist und bleibt der Kampf gegen die wirtschaftliche und politische Herrschaft des Kapitals“; Bekämpfung, nicht „Überredung“ und „Appellierung an die Einsicht der herrschenden Klassen“; gegen den von Karl Renner vertretenen Ministerialismus als direkter Folge des Reformismus: „Wir lehnen jedes dauernde Bündnis mit den bürgerlichen Parteien, jede Blockpolitik, wir lehnen jede Bewilligung des Budgets des Klassenstaates, jede Bewilligung von Kriegskrediten, jede Teilnahme an bürgerlichen Regierungen unbeding ab.“<sup>34</sup>

Starke Worte, die sich selbst so manche kommunistische Partei der Gegenwart nicht mehr in den Mund zu nehmen getraut. Im selben Atemzug mit diesen höchst entschlossen und radikal klingenden Formulierungen versicherte die Linke jedoch:

„Wir streben nicht die Spaltung der Partei an. Wir wollen innerhalb der Partei, innerhalb ihrer Organisationen unsere Ansichten verbreiten, ihnen die Mehrheit der Parteimitglieder gewinnen und auf diese Weise die Haltung der Partei verändern.“<sup>35</sup>

Die Absicht der Linken, die Haltung der Partei in ihrem Sinne zu ändern, war aber nicht mehr das entscheidende Kriterium. Wie bereits gezeigt wurde, hat die österreichische Sozialdemokratie schon Monate vor dem Parteitag ihre Politik sukzessive auf den von den Linken vertretenen Zentrismus umgestellt. Victor Adler hatte daher von seiner Warte aus recht, wenn er auf dem Parteitag die wichtigsten Kritikpunkte der Linken als



Otto Bauer (1881–1938)

„Klopfen von alten Kleidern“ bezeichnete. Es stellt sich die Frage, warum der Parteivorstand im Oktober 1917 diese Dinge wieder aufwärmte und den Linken plötzlich eine so breite Möglichkeit für ihre Kritik einräumte. Und die Antwort ist, dass der Parteivorstand das mit voller Absicht tat, um den „Übergang nach links“ den Arbeitermassen, die den Wortlaut der Verhandlungen in der *Arbeiter-Zeitung* zensurlos verfolgen konnten, als dramatischen „prinzipiellen Wendepunkt“ der Politik der Partei zu präsentieren. Oft kann man sich bei der Lektüre des Protokolls des Eindrucks nicht erwehren, dass der Text der „Erklärung der Linken“, die Reaktion des Parteivorstandes, ja sogar die Grundzüge der anschließenden Diskussion bereits vor Beginn des Parteitages abgesprochen wurden. Ein Indiz unter vielen: Friedrich Adler erwähnte in seiner Grabrede für Otto Bauer in Paris 1938, dass Victor Adler gegen Ende des Parteitages eine Resolution für die Parteimehrheit verfassen sollte, dazu aber schon zu müde war und zu Otto Bauer sagte: „So, jetzt setzen Sie sich hin und schreiben Sie für mich die Resolution!“<sup>36</sup> Otto Bauer erfüllte seinen Wunsch, womit ein und dieselbe Person die „scharfe“ Prinzipienklärung der Linken und die „gemäßigte“ Resolution der rechten Parteianhänger ausgearbeitet hatte.

Die Debatte um die „Erklärung der Linken“ war lang, lebhaft, emotional und stellenweise, vor allem im Lichte der Erfahrungen mit der späteren politischen Haltung der Diskutanten, kurios. Karl Renner wies die gegen ihn erhobenen

Vorwürfe z.B. mit dem Hinweis zurück, dass die Arbeiterklasse in jedem Land an das nationale Kapital „geschmiedet“ sei und sie „mit diesem Kapital leider Gottes auch gemeinsame Interessen“ habe.<sup>37</sup> Gleichzeitig behauptete er: „Wenn die Stunde kommt, werden sie sehen, dass ich auch ein Linker sein kann.“<sup>38</sup>

Seitz, Ellenbogen, Sever, Austerlitz und andere verteidigten den Parteivorstand, wobei sie die von Victor Adler verwendeten Argumente vom „Einrennen offener Türen“ und der „Reparatur der rechten Fehler durch die geschichtliche Entwicklung selbst“ nur paraphrasierten. Am Ende der Debatte über die „Erklärung der Linken“ brachte Victor Adler eine Resolution ein (es war jene, die Otto Bauer für ihn verfasst hatte), die „unter lebhaftem Beifall und Händeklatschen“ einstimmig angenommen wurde. Darin hieß es, dass „die Partei ohne Unterschiede der Richtungen darin einig ist, ihre Geschlossenheit und Einigkeit zu erhalten (...) und in der notwendigen täglichen Kleinarbeit für die Interessen des Proletariats die Pflicht nicht zu vernachlässigen, die Arbeiterklasse zur Erfüllung ihrer großen geschichtlichen Aufgabe vorzubereiten.“<sup>39</sup>

Bei der anschließenden Wahl des Parteivorstandes blieb daher so gut wie alles beim Alten. Die Zahl der Mitglieder wurde von zehn auf 14 erhöht; gewählt wurden Victor Adler, Friedrich Austerlitz, Otto Bauer, Anton David, Franz Domes, Wilhelm Ellenbogen, Matthias Eldersch, Engelbert Pernerstorfer, Adelheid Popp, Karl Renner, Jakob Reumann, Karl Seitz, Ferdinand Skaret und Josef Tomschik.<sup>40</sup> Unter den neu Aufgenommenen ragte neben Otto Bauer Karl Renner hervor, den man den heftigen Attacken zum Trotz demonstrativ zum ersten Mal in den Parteivorstand wählte. Mit Ausnahme von Otto Bauer saßen im Parteivorstand durchwegs wieder Vertreter jener Richtung, deren Politik in den Jahren 1914 bis 1916/17 die Parteikrise

ausgelöst und deren Haltung die in vielen Punkten so berechtigte Kritik der Linken hervorgerufen hatte. Aber sie hatten ja vor den Delegierten versprochen, „sich zu bessern“, was Otto Bauer zu der Feststellung veranlasste: „Die Mehrheit ist augenblicklich selbst in einer Entwicklung nach links.“<sup>41</sup> Die späteren Ereignisse bewiesen, dass diese „Entwicklung nach links“ nur in Worten, nicht aber in der Praxis stattfand.

### Seine historische Bedeutung

Die wichtigsten unmittelbaren Ergebnisse des Parteitags 1917 waren: 1. die Bewahrung und Zementierung der Einheit der österreichischen Sozialdemokratie; 2. der definitive Übergang der Gesamtpartei auf die Positionen des Zentrismus; und 3. das Ende der Kriegslinien, von der man als oppositioneller Parteigruppierung nach dem Oktober 1917 nicht mehr sprechen kann.

Der Parteitag 1917 war aber noch mehr. Er gehört zu den bedeutsamsten Parteitag in der Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie überhaupt. Die Partei erhielt durch ihn endgültig jene Gestalt, die sie bis zu ihrem Untergang im Februar 1934 behalten sollte. Das in der Ersten Republik zu beobachtende Auseinanderklaffen des Austromarxismus in linkes Wort und rechte Tat hat hier seine eigentliche Wurzel.

Die österreichische Sozialdemokratie unterschied sich vor dem Ersten Weltkrieg – von einzelnen Besonderheiten abgesehen, die aus der Struktur Österreich-Ungarns als Vielvölkerstaat resultierten und eine intensive Beschäftigung mit der Nationalitätenfrage notwendig machten – in den Grundzügen ihrer politischen Strategie und Taktik wie auch in ihrem Propagandavokabular in nichts von den anderen großen Parteien der II. Internationale. Zwischen 1918 und 1934 unterschied sie sich von den anderen Parteien der Sozialistischen Arbeiter-Internationale in einem Punkt, dem des verbalradikalen Auftretens als eines permanenten Zustandes ihres Gebarens, aber sehr wohl. Eine Antwort wie die von Otto Bauer, der im März 1927 eine Wahlunterstützung seitens der KPÖ mit der Begründung ablehnte, dass in der Sozialdemokratischen Partei die „Einheit der österreichischen Arbeiterklasse“ bereits verwirklicht und das kommunistische Programm ohnehin „zu neun Zehntel mit dem eigenen identisch“ sei<sup>42</sup>, hat zur selben Zeit keine andere sozialdemokratische Partei Europas und der Welt gegeben.

Die Ursachen dafür liegen eindeutig

in den auf dem Parteitag 1917 von den verantwortlichen Parteiführern gezogenen Schlussfolgerungen, in der Antwort auf die Frage, wie die Radikalisierung der Arbeiter ohne Gefährdung der Einheit der Partei aufgefangen werden könne. Die österreichische Sozialdemokratie erkannte im Jahr 1917 im Verbalradikalismus die Möglichkeit, die Spannung zwischen Führung und Massen zu überbrücken.

Ihn kann man daher nicht mit Etiketten wie „geschickte Taktik“, „linke Demagogie“, „Gaukelspiel“, „Täuschung“ usw. abtun, denn er war *objektiv* bedingt. Hatte man sich im Jahr 1917 ein für allemal entschieden, die Geschlossenheit der Bewegung um jeden Preis zu bewahren, so mussten auch alle Konsequenzen in Kauf genommen werden. Und eine Konsequenz war, dass man den österreichischen ArbeiterInnen eine offen rechtsreformistische Politik nach Art der SPD in der Weimarer Republik nicht zumuten konnte, weil sie vom klassenbewussten Teil der sozialdemokratischen Mitglieder niemals widerspruchslos hingenommen worden wäre. So wurde die Notwendigkeit, die starken linken Tendenzen an der Mitgliederbasis sowohl verbal als auch materiell (durch die Sozialgesetzgebung 1918/19, durch das „Rote Wien“ etc.) aufzusaugen und die ganze Spannweite der Meinungen in der Partei unter einen einigenden Hut bringen zu müssen, zum Dreh- und Angelpunkt austromarxistischer Politik.

### Anmerkungen:

1/ Otto Bauer, Die österreichische Revolution, Wien 1965 (Neuaufgabe), S. 69.

2/ *Arbeiter-Zeitung*, 22. Oktober 1916, S. 1f.

3/ Norbert Leser, Zwischen Reformismus und Bolschewismus. Der Austromarxismus als Theorie und Praxis, Wien–Frankfurt–Zürich 1968, S. 277.

4/ *Arbeiter-Zeitung*, 15. Oktober 1916, S. 3. Hervorhebungen H.H.

5/ Robert Danneberg, Die deutsche Sozialdemokratie in Österreich, in: *Die Neue Zeit*, Stuttgart, 35. Jg. 1917, Nr. 19/20, S. 470. Am 4. August 1914 hatte die SPD, die stärkste und angesehenste Partei der II. Internationale, im deutschen Reichstag die von der Regierung geforderten Kriegskredite bewilligt und erklärt: „Wir lassen in der Stunde der Gefahr das Vaterland nicht im Stich.“ Friedrich Austerlitz feierte diese Entscheidung in dem chauvinistischen Leitartikel „Der Tag der deutschen Nation“ in der „Arbeiter-Zeitung“ vom 5. August 1914. Victor Adler hat danach mehrmals bekundet, dass sich bei einer Abstimmung im Parlament die österreichische genauso wie die deutsche Sozialde-

[www.klahrgesellschaft.at](http://www.klahrgesellschaft.at)

– Sämtliche Beiträge aus den AKG-Mitteilungen der Jahrgänge 1994–2007  
 – Übersicht über aktuelle und bisherige Veranstaltungen der Alfred Klahr Gesellschaft seit 1993  
 – Beiträge und Bibliographien zur Geschichte der Kommunistischen Partei Österreichs  
 – Publikationen des Verlages der Alfred Klahr Gesellschaft

mokratie verhalten hätte. Seine Äußerungen fielen aber nur in einem kleinen Kreis von Parteifunktionären und blieben der Masse der Mitglieder wie der Arbeiter unbekannt. Die Knebelung des politischen Lebens durch das Paragraph 14-Regime Stürgkhs brachte der Partei also nicht nur Nachteile.

6/ Victor Adlers Aufsätze, Reden und Briefe, IX. Heft: Victor Adler der Parteimann, Nr. 4: Um Krieg und Frieden, Wien 1929, S. 189.

7/ Bis dahin hatten auch die österreichischen Parteiführer die Eroberungsziele ihrer eigenen herrschenden Klassen unterstützt. Karl Renner forderte „im Einklang mit dem habsburgischen Imperialismus die Eingliederung Polens und Serbiens in die österreichisch-ungarische Monarchie“. Siehe: Julius Braunthal, Geschichte der Internationale, Band 2, Hannover 1963, S. 33. Victor Adler sagte noch im März 1916, dass „ein wirklicher Sozialdemokrat die Idee der Zurückgebens von Polen an Russland (gemeint die von Deutschland und Österreich-Ungarn 1915 besetzten Gebiete Russisch-Polens, H.H.) nicht befürworten“ könne. Siehe: Victor Adlers Aufsätze, Reden und Briefe, a.a.O., S. 161.

8/ Bericht der Gewerkschaftskommission Deutschösterreichs an den ersten deutschösterreichischen (achten österr.) Gewerkschaftskongress in Wien 1919, Wien o.J. (1920), S. 55.

9/ Am System der Militarisierung der Arbeit in den kriegswichtigen Betrieben wurde jedoch nicht gerüttelt. Es dauerte bis zum letzten Tag des Krieges an. Daraus ist ersichtlich, welche Bedeutung dem auch die „flexible“ Kapitalfraktion als einer unantastbaren „Errungenschaft“ für das Unternehmertum beimaß. Näheres dazu bei: Hans Hautmann, Unternehmer, Militär und Arbeiter im Ersten Weltkrieg, in: Politische Ökonomie, Macht und Arbeitnehmerinstitutionen im Kapitalismus. Festschrift für Erwin Weissel, hrsg. von Josef Schmee, Marburg 2000, S. 197–226.

10/ R. Danneberg, a.a.O., S. 471

11/ Rudolf Neck (Hrsg.), Arbeiterschaft und Staat im Ersten Weltkrieg 1914–1918, A. Quellen, I. Der Staat, Band 1 (1914–1917), Wien 1964, S. 168.

12/ Allgemeines Verwaltungsarchiv (AVA), Ministerium des Innern, Präsidialakten 22, Nr. 28559 ex 1916, Polizei-Direktion Wien an das Ministerium des Innern vom 11. Dezember 1916; Sozialdemokratische Landeskonferenz

13/ Abgedruckt in: Victor Adlers Aufsätze, Reden und Briefe, XI. Heft, Nr. 6: Parteigeschichte und Parteipolitik. Nachträge und Ergänzungen, Wien 1929, S. 268ff.

14/ R. Neck, a.a.O., S. 189f.

15/ Ebenda, S. 230f.

16/ Ebenda, S. 250. Hervorhebungen H.H.

17/ Der 1. Mai wurde in Österreich erst 1919 zum gesetzlichen Feiertag erklärt. Das bedeutet, dass ihn die Arbeiterschaft in den Jahrzehnten vorher – sofern er nicht gerade auf einen Sonntag fiel – jedes Mal durch Arbeitsruhe beging, de facto in Form eines eintägigen Generalstreiks. Siehe dazu: Dieter Fricke, Kleine Geschichte des Ersten Mai. Die Maifeier in der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung, Berlin 1980

18/ R. Neck, a.a.O., S. 277f.

19/ *Arbeiter-Zeitung*, 22. April 1917, S. 9.

20/ Ebenda, 27. April 1917, S. 1.

21/ Ebenda, 16. März 1917, S. 2.

22/ Victor Adlers Aufsätze, Reden und Briefe, XI. Heft, a.a.O., S. 276.

23/ Ottokar Czernin, Im Weltkrieg, 2. Aufl., Berlin–Wien 1919, S. 200f.

24/ Ausführlich dazu: Joachim Böhm, Die österreichische Sozialdemokratie (DSAPÖ) in der Wende vom imperialistischen Krieg zum imperialistischen Frieden. Eine Untersuchung der monarchietreuen Politik ihrer Führer (November 1916–Oktober 1917), in: *Wissenschaftliche Zeitschrift der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg*. Gesellschafts- und Sprachwissenschaftliche Reihe, XIV. Jg. 1965, Heft 4, S. 216–220.

25/ Ludwig Brügel, Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie, 5. Band, Wien 1925, S. 294. Hervorhebungen im Original.

26/ Zitiert bei: Julius Braunthal, Victor und Friedrich Adler. Zwei Generationen Arbeiterbewegung, Wien 1965, S. 250.

27/ W.I. Lenin, Die Aufgaben des Proletariats in unserer Revolution, in: W.I. Lenin, Werke, Band 24, Berlin 1972, S. 61. Hervorhebung im Original.

28/ Ebenda, S. 62. Hervorhebung H.H.

29/ L. Brügel, a.a.O., S. 295. Hervorhebung H.H.

30/ Hans Hautmann, Geschichte der Rätebewe-



Zum Preis von 20.– Euro zu beziehen über den Autor: Karl Kalisch, Schlüsselgasse 8/15, 1080 Wien

## Buchtipps

### Karl Kalisch: Erinnerungen

Kindheit und Jugend in  
Grünberg am Schneeberg

Eigenverlag 2006  
(2. Auflage)

gung in Österreich 1918–1924, Wien–Zürich 1987, S. 222ff.

31/ Siehe dazu die im Teil 1 der Artikelserie abgedruckten Stimmungsberichte der kaiserlichen Behörden: *Alfred Klahr Gesellschaft. Mitteilungen*, 14. Jg., Nr. 1, März 2007, S.13.

32/ AVA, Ministerium des Innern, Präsidialakten 22, Nr. 21018/1917 vom 21. Oktober 1917; Parteitag der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Österreich. Im Parteitagsprotokoll wird die Verlesung der Grußadresse nicht erwähnt, sie ist aber unter den Anträgen als Nr. 8 abgedruckt.

33/ Otto Bauer, Werkausgabe, hrsg. von der Arbeitsgemeinschaft für die Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung. Redaktion: Hugo Pepper, Band 2, Wien 1976, S. 18. Otto Bauers Artikel im *Kampferschienen* 1917/18 daher unter den Pseudonymen „O. B.“, „Karl Mann“, „Friedrich Schulze“ und „Heinrich Weber“.

34/ Protokoll der Verhandlungen des Parteitagges der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Österreich. Abgehalten in Wien vom 19. bis 24. Oktober 1917, Wien 1918, S. 113–115. Hervorhebungen H.H.

35/ Ebenda, S. 114.

36/ *Der sozialistische Kampf*, Nr. 4, Paris, 16. Juli 1938, S. 85.

37/ Parteitagsprotokoll 1917, a.a.O., S. 121.

38/ Ebenda. Hervorhebung H.H.

39/ *Arbeiter-Zeitung*, 23. Oktober 1917, S. 3. Hervorhebung im Original.

40/ Parteitagsprotokoll 1917, a.a.O., S. 261.

41/ O. B. (Otto Bauer), Würzburg und Wien, in: *Der Kampf*, Wien, 10. Jg. 1917, Nr. 11/12, S. 328.

42/ Siehe: *Arbeiter-Zeitung*, 9. März 1927.



## Neuerscheinungen

**Claudia Kuretsidis-Haider: „Das Volk sitzt zu Gericht“. Österreichische Justiz und NS-Verbrechen am Beispiel der Engerau-Prozesse 1945–1954.** Innsbruck, Wien, Bozen: Studien-Verlag 2006, 496 S., 53.– Euro

**Manfred Mugrauer: Die Politik der KPÖ in der Provisorischen Regierung Renner.** Innsbruck, Wien, Bozen: Studien-Verlag 2006, 393 S., 38.– Euro

**Heimo Halbrainer/Claudia Kuretsidis-Haider (Hg.): Kriegsverbrechen, NS-Gewaltverbrechen und die europäische Straffjustiz von Nürnberg bis Den Haag.** Graz: Clio 2007, 320 S., 25.– Euro

